

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
174 · Ausgabe CH · Februar 2018
AZB 3001 Bern



Angriff auf unabhängige Medien stoppen

Ein Ja zu «No Billag» am 4. März würde das Aus für das Schweizer Radio und Fernsehen bedeuten. In die Lücke, die SRG und die privaten Sender hinterlassen, könnten machthungrige Milliardäre springen, die mit eigenen Sendern ihre politischen Zwecke verfolgen. Seiten 4 und 5

ADIEU FLAVIA UND LEYLA

Ende Februar verlassen die beiden Generalsekretärinnen die SP Schweiz. Ein Gespräch über schöne Momente und Frust im Amt und über Stärken und Schwächen ihrer Partei. Seiten 6 und 7

100 JAHRE LANDESSTREIK

Eine Infokampagne zum Landesstreik schaut auf das historische Ereignis zurück und beleuchtet die Auswirkungen, die dieses bis heute hat. Seiten 16 und 17

Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



In knapp einem Monat stimmen wir über die «No Billag»-Initiative ab, die die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen will. Wird diese Initiative angenommen, bedeutet dies das Aus für die SRG. Es gibt kein «Echo der Zeit» mehr, kein «Morgenstund hat Gold im Mund», keinen Bestatter und kein Skirennen, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber auch viele private Radio- und Fernsehstationen müssen ihren Betrieb einstellen, denn sie erhalten ebenfalls Gebühren. Wer macht dann in der Schweiz Radio und Fernsehen?

– Diejenigen, welche sich eigene Sender leisten können. Kommt «No Billag» nämlich durch, müssen die Konzessionen künftig an die Meistbietenden versteigert werden. Was das bedeuten würde, können wir uns ausmalen, wenn wir einen Blick nach Italien werfen, wo Silvio Berlusconi seit Jahren eigene Fernseh- und Radiosender betreibt und für seine politischen Interessen instrumentalisiert. Damit nicht auch hierzulande finanzkräftige Investoren unsere Radio- und Fernsehsender übernehmen, müssen wir «No Billag» am 4. März ablehnen. Die Argumente liefern wir auf den folgenden Seiten.

Für Flavia Wasserfallen und Leyla Gül ist «No Billag» die letzte Kampagne als Co-Generalsekretärinnen. Nach fünfeneinhalb Jahren verlassen sie Ende Februar die SP Schweiz. Im Interview schauen die beiden auf ihre Zeit bei der SP Schweiz zurück, auf schöne Momente, aber auch frustrierende. Und sie verraten, was die SP für sie so einzigartig macht und wo die Partei noch besser werden kann. Eine der grössten Stärken der SP sind die Mitwirkungsmöglichkeiten für Mitglieder, da sind sich Flavia und Leyla einig. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Projekt zum neuen Wirtschaftskonzept der SP: Seit letztem Sommer beteiligen sich zahlreiche Mitglieder an der Erarbeitung dieses Papiers. Sie haben eine Analyse der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation gemacht und eine Priorisierung der Themen vorgenommen. In einem ersten Zwischenhalt sollen nun die Delegierten zu Wort kommen und beides diskutieren.

Für all jene, die am 24. Februar nicht an der DV in Altdorf sind, liefern wir weiter hinten eine Zusammenfassung des Papiers. Allen anderen wünsche ich eine gute Diskussion.

Und Leyla und Flavia wünsche ich von Herzen alles Gute!

Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Abstimmungen**
«No Billag» heisst «No Schweizer Radio und Fernsehen»
- 6–7 **Gespräch**
Die scheidenden Co-Generalsekretärinnen Flavia Wasserfallen und Leyla Gül im Interview.
von Andrea Bauer
- 8 **Positionen**
«Wirtschaft 4.0» – ein erster Zwischenhalt
von Lukas Wiss
- 9–12 **Kantone**
Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings
- 13 **Personen**
Stefan Krattiger über das Lebensgefühl des Kampagnenleiters
von Andrea Bauer
- 14 **Positionen**
Die Ideen der «Reformorientierte Plattform» zur Sicherheits- und Armeepolitik
von Chantal Galladé und Daniel Jositsch
- 15 **Debatte**
«Intersektionale Klassenpolitik»: Drei Literaturtipps zu einer wichtigen Debatte.
von Pascal Zwicky
- 16–17 **Aktuell**
100 Jahre Landesstreik: Teste dein Wissen über das historische Ereignis!
von Gisela Nyfeler
- 18–19 **Veranstaltungen**

SP Frauen* einstimmig gegen Burkaverbot

Die SP Frauen* hat an ihrer Delegiertenversammlung Ende Januar einstimmig die Nein-Parole zum Burka-Verbot beschlossen. Die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» wurde vom konservativen «Egerkinger-Komitee» lanciert und letzten September eingereicht. Die SP erarbeitet zurzeit einen Gegenvorschlag zur «Burka-Initiative». Der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung soll so ergänzt werden, dass künftig eine bessere Integration und Gleichstellung von Migrantinnen in der Schweiz möglich ist.



Bund muss Angebot der SDA sichern

Die SP ist besorgt über den Kahlschlag bei der Nachrichtenagentur SDA. Die Entlassungen und Abbaumassnahmen sind die Folge eines falschen Renditedenkens der Grossverlage. Die SP fordert den Bundesrat auf, den Service public, den die SDA erbringt, zu retten. In einer Interpellation wird der Bundesrat darum angefragt, ob er Pläne hat, die Leistungen der SDA zu sichern, und ob sich der Bund vorstellen kann, sich an einer neuen, nicht-gewinnorientierten Nachrichtenagentur zu beteiligen. Ausserdem wird die SP in der Frühlingsession eine Fraktionsmotion einreichen mit konkreten Forderungen zum Erhalt der SDA respektive zur Sicherung von Qualität und Service public.



Die Nachrichtenquelle weint.

Schutz von Arbeitsbedingungen ist nicht verhandelbar

Die Arbeitsbedingungen in der Schweiz sind momentan gleich mehrfach von rechts unter Beschuss. So greifen mehrere in der Wirtschaftskommission hängige Vorstösse die Beschränkung der Arbeitszeit an, die garantiert, dass Arbeitnehmende genügend Ruhezeit erhalten. Damit nicht genug: Die Bürgerlichen wollen auch die Ladenöffnungszeiten weiter ausdehnen und Sonntagsarbeit einführen. Auch dazu sind Vorstösse von bürgerlichen Parlamentsmitgliedern hängig.



Weiter haben die Bürgerlichen Ende Januar in der Rechtskommission einen Vorstoss zum Schutz älterer Arbeitnehmender abgelehnt, der insbesondere einen wirksamen Kündigungsschutz fordert. Schliesslich kündigte die SVP letzte Woche an ihrer Medienkonferenz an, sich gegen die flankierenden Massnahmen zu stellen. Damit greift sie die Löhne und Arbeitsbedingungen der einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frontal an. Die SP kritisiert das Vorgehen der Bürgerlichen scharf und wird sich mit aller Kraft gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen stellen.

Bundesrat lehnt Transparenz-Initiative ab

Der Bundesrat lehnt die Transparenz-Initiative ohne Gegenvorschlag ab, wie er letzte Woche kommuniziert hat. Dieser Entscheid widerspricht dem Anliegen, Abhängigkeiten

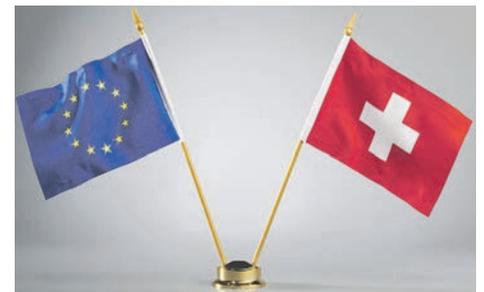


in der Politik offenzulegen. Gerade in einer direkten Demokratie, wie sie die Schweiz kennt, ist eine derart intransparente Politikfinanzierung sehr problematisch. Die Schweiz ist europaweit das einzige Land, das keinerlei

Transparenzregelungen bei Parteifinzen kennt. Jahr für Jahr wird dieser Umstand von der GRECO (Groupe d'Etats contre la Corruption) sowie immer wieder auch von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) kritisiert. In keinem Land können die Bürgerinnen und Bürger so häufig abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Gerade deshalb ist es wichtig, dass mit offenen Karten gespielt wird. Die Stimmbewölkerung hat das Recht zu wissen, welche grossen Geldgeber hinter welcher Partei oder hinter welchem Komitee stecken.

EU: Jetzt muss es vorwärtsgehen

Aussenminister Ignazio Cassis hat letzte Woche signalisiert, dass er die Verhandlungen mit der EU über die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen noch in diesem Jahr abschliessen will. Cassis ist beim Wort zu nehmen: Ein neues Abkommen mit der EU ist



wichtig für die Schweiz, weil es die Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin stabilisiert und sichert. Sobald das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt, wird die SP dieses beurteilen und sich dazu positionieren. Klar ist: Die flankierenden Massnahmen, die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz schützen, dürfen nicht abgeschwächt werden. Genauso wenig dürfen die in der EU anstehenden Verbesserungen gegen Lohndumping durch das Abkommen ausgehebelt werden.

NEIN ZU «NO BILLAG»

«No Billag» heisst «No Schw und Fernsehen»

BEI EINER ANNAHME DER INITIATIVE MUSS DIE SRG DEN BETRIEB EINSTELLEN, WEITEREN 34 REGIONALEN RADIO- UND TV-STATIONEN DROHT DAS AUS. FÜR DIE SCHWEIZ, WO DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER MEHRMALS PRO JAHR ÜBER TEILS KOMPLEXE VORLAGEN BEFINDEN UND WO DIE SPRACHLICHE UND GEOGRAFISCHE VIelfALT GROSS IST, WÄRE DAS VERHEEREND. EIN UNABHÄNGIGES UND VIelfÄLTIGES RADIO- UND FERNSEHANGEBOT IST FÜR UNSERE DEMOKRATIE UNVERZICHTBAR.

Medien-Monopoly für Reiche und Mächtige

Bei einer Annahme der Initiative drohen Verhältnisse wie in Italien oder den USA. Die Radio- und Fernsehkonzessionen müssten – ohne Auflagen – an den Meistbietenden versteigert werden. Finanzkräftige Investoren würden private Sender betreiben, um Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen und ihre eigenen politischen Interessen durchzusetzen. Gerade für die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie, die ohne unabhängige Medien und zuverlässige Informationen nicht funktionieren kann, wäre das verheerend.

Kommerz statt Qualität

Nebst Milliarden würden rein kommerzielle Anbieter die Lücke füllen. Diese richten sich naturgemäß einzig nach der Quote. Information, Kultur und Bildung lassen sich aber über den kleinen Schweizer Markt kaum finanzieren. Ohne Gebühren und Leistungsauftrag entfielen ausserdem die bestehende Verpflichtung der SRG, mit ihrer journalistischen Arbeit eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Und die Abschaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz hätte zur Folge, dass Nutzerinnen und Nutzer gegenüber den Medien keine Ansprüche und keine Rechte mehr geltend machen können.

Verlust der regionalen Vielfalt

Auch 13 regionale Fernsehsender und 21 Regionalradios finanzieren sich heute massgeblich mit Gebührengeldern. Ihnen allen droht bei einem Ja das Aus. Besonders bitter wäre dies für Randregionen, in denen ein kostendeckender Betrieb ohne Gebühren schlicht nicht finanzierbar ist. Denn die extrem kleinräumigen lokalen Märkte sind viel zu klein, um ein vergleichbares Angebot aufrechtzuerhalten. Zuschauerinnen und Zuschauer sähen sich gezwungen, auf ausländische Angebote auszuweichen.

Höhere Kosten für weniger Inhalt

Ab 2019 bezahlt jeder Haushalt 365 Franken pro Jahr für die SRG-Angebote in vier Landessprachen und für 34 Regionalstationen – also 1 Franken pro Tag. Ein vergleichbares Programm «à la carte» von Privaten wäre viel teurer. Bereits ein Pay-TV-Jahresabonnement nur für Sport ist teurer als die heutigen Rundfunkgebühren. Ein Wechsel von der Gebührenfinanzierung hin zu kostenpflichtigen Abonnements würde höhere Kosten für weniger Inhalt bedeuten.

DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» wurde vom Verein «No Billag» 2015 eingereicht. Sie will die Empfangsgebühren abschaffen und dem Bund oder durch den Bund beauftragten Firmen verbieten, Radio- und Fernsehstationen zu subventionieren oder selber solche zu betreiben. Weiter soll der Bund dazu verpflichtet werden, die Konzessionen für Radio und Fernsehen künftig regelmässig an den Meistbietenden zu versteigern. Ausserdem soll die unabhängige Beschwerdeinstanz abgeschafft werden.

► www.spschweiz.ch/nobillag-nein



JA ZUR FINANZORDNUNG 2021

Bund soll weiterhin Steuern erheben können

Die heute geltende Finanzordnung befristet die Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer durch den Bund auf Ende 2020. Mit dem Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 soll diese Befugnis bis 2035 verlängert werden. Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und

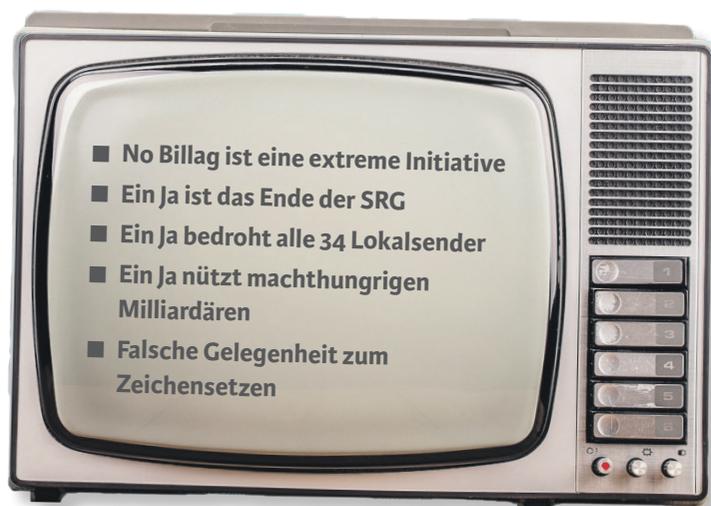
der Mehrwertsteuer belaufen sich auf über 42 Milliarden Franken und machen mehr als 60 Prozent des Bundeshaushalts aus. Ohne diese Steuern kann der Staat seine Aufgaben im bisherigen Umfang nicht mehr wahrnehmen. Im Nationalrat hat die SP zusammen mit den Grünen eine unbefristete Verlängerung beantragt, ist aber unterlegen. Der Bundesrat schlug daraufhin eine Verlängerung auf 15 Jahre vor, die in beiden Räten schliesslich einstimmig angenommen wurde. Die Vorlage ist unbestritten, weil sie jedoch eine Verfassungsänderung zur Folge hat, müssen sich die Stimmberechtigten dazu äussern.

Der Bundesrat schlug daraufhin eine Verlängerung auf 15 Jahre vor, die in beiden Räten schliesslich einstimmig angenommen wurde. Die Vorlage ist unbestritten, weil sie jedoch eine Verfassungsänderung zur Folge hat, müssen sich die Stimmberechtigten dazu äussern.



Flavia
Wasserfallen,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

eizer Radio



Ohne Gebühren keine SRG!

Befürworter rund um den Gewerbeverband behaupten, die SRG würde bei einer Annahme der No-Billag-Initiative weiterbestehen. Es gebe einen Plan B. Dank ihrer Infrastruktur, einem hohen Marktanteil und gutem Personal hätten die SRF-Sender einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Privaten und könnten darum in einem freien Markt bestehen. Die SRG könne darum auch ohne Gebührengelder künftig Einnahmen von über einer Milliarde generieren. 200 bis 600 Millionen kämen demnach aus dem Verkauf von Pay-TV-Angeboten (etwa für Fussball, Ski oder Schwingen). Mit Werbung – geht es nach den Befürwortern von No Billag, soll die SRG in Zukunft uneingeschränkt werben dürfen – liessen sich gut 400 Millionen einnehmen. Weitere 230 bis 410 Millionen Franken kämen aus Fördergeldern von Bund, Kantonen und Privaten hinzu.

Dieser Plan geht aus verschiedenen Gründen nicht auf: Zuerst einmal müsste die No-Billag-Initiative bei einer Annahme bereits 2019 in Kraft treten. Die SRG kann sich aber nicht innerhalb dieser kurzen Zeit neu erfinden. Die Pay-TV-Angebote würden im kleinen Schweizer Markt nicht genügend Abonentinnen und Abonenten finden. Kommt hinzu, dass diese mit Werbung überladene Sendungen kaum akzeptieren würden – wenn sie schon extra dafür bezahlen. Wie die prognostizierten Werbeeinnahmen zusammenkommen sollen, steht damit ebenfalls in den Sternen. Schliesslich stagniert der gesamte Werbemarkt in der Schweiz und die SRG selber konnte ihre Werbeeinnahmen in den letzten zwanzig Jahren nicht steigern. Auch der dritte «Finanzierungsvorschlag», die Fördergelder des Bundes, ist absurd. Schliesslich steht im Initiativtext von No Billag: «Der Bund subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen.»

FLYER UND PLAKATE BESTELLEN

Ab Mitte Januar waren wir in den Städten mit Plakaten präsent, seit letzter Woche läuft schweizweit unsere ÖV-Kampagne in den Postautos an und unsere rund 500 000 Abstimmungszeitungen werden verteilt. Auch für die Facebook-Seite haben wir für die Schlussphase noch einiges geplant. Super ist, wenn du mit deiner Sektion noch eine **Stand-, Strassen- oder Verteilaktion** organisieren kannst. Flyer und Plakate kannst du weiterhin kostenlos bestellen. Wir «mussten» bereits mehrmals nachdrucken und bedanken uns bei dieser Gelegenheit für den grossartigen Einsatz ganz vieler! Auch Abstimmungszeitungen haben wir noch am Lager.

► www.spschweiz.ch/material

Einladung

Die «Reformorientierte Plattform» hat Mitte Monat den Medien ihren Standpunkt zur Sicherheits- und Armeepolitik vorgestellt (siehe Beitrag Seite 14). Ein immer wieder heiss und kontrovers diskutiertes Thema. Einige mögen sich an den Parteitag 2008 in Aarau erinnern. Die Delegierten debattierten ein Positionspapier zur öffentlichen Sicherheit und es flogen die Fetzen zwischen gestandenen Regierungsräten und lauten Gsoa-Aktivistinnen. Repression, Polizei, Videoüberwachung, Jugendgewalt, breit war die Palette der «flügelkampftauglichen» Themen.

In jüngerer Zeit führten wir beim neuen Nachrichtendienstgesetz oder dem revidierten Überwachungsgesetz für die Bundespolizei (Büpf) leidenschaftliche Auseinandersetzungen. Vor drei Monaten nun warf die Geschäftsleitung der SP ein umfassendes Luftwaffenkonzept in die Diskussion, welches die Frage der Kampfjetbeschaffung ausführlich behandelt. Den pazifistischen Kräften in der Partei ging das Konzept zu weit. Entsprechend hoch gingen die Wogen an der Delegiertenversammlung im Oktober. Knapp setzte sich die «pragmatische» Haltung der Geschäftsleitung durch – bedauerlicherweise gab es in der Diskussion keine Stellungnahme aus dem Umfeld der «Plattform».

So ist es bei uns in der SP. Die Diskussionen sind zahlreich, einmal verliert der eine, mal der andere Flügel, mal sind wir uns alle einig. Am Ende steht jeweils ein demokratisch gefasster Entscheid, der dank einer guten Streitkultur entstehen kann und akzeptiert wird.

Inhaltliche Beiträge von verschiedenen Seiten bringen uns weiter. Es ist richtig, die ganze Breite der Partei zu zeigen, da bin ich ganz bei der «Plattform». Was uns hingegen keinen Millimeter weiterbringt, sind pauschale und undokumentierte Vorwürfe, die Partei meide diese oder jene Debatte oder habe Mühe mit einem bestimmten Thema. Von solch faktenfreien Worthülsen und Pauschalkritik via Medien halte ich nichts.

Ich möchte alle dazu einladen, ihren Standpunkt zu vertreten, Diskussionen zu fordern und zu führen und die zahlreichen dafür geschaffenen Gelegenheiten (Delegiertenversammlung, Parteitag, Prozess Wirtschaft 4.0, Veranstaltungen, Fachkommissionen etc.) zu nutzen. Mit dieser Einladung schliesse ich meinen letzten «Standpunkt» und verabschiede mich als Co-Generalsekretärin. Ich freue mich auf viele Begegnungen und Diskussionen mit euch bei anderen Gelegenheiten. Auf bald!



«Es soll auch etwas weh tun»

WÄHREND FÜNFEINHALB JAHREN HABEN LEYLA GÜL UND FLAVIA WASSERFALLEN GEMEINSAM DAS GENERALSEKRETARIAT DER SP SCHWEIZ GELEITET. AUF ENDE FEBRUAR TRETEN SIE VON IHREM AMT ZURÜCK. Andrea Bauer

Flavia, Leyla, ihr hört Ende Februar als Generalsekretärinnen auf – weshalb gerade jetzt?

Leyla: Letztes Jahr mussten wir uns die Frage stellen, ob wir bei den Wahlen 2019 noch in dieser Funktion tätig sein werden. Wir haben hin und her überlegt. Die Antwort war schliesslich Nein – mit viel Wehmut. Es soll aber auch etwas weh tun, einen Job aufzugeben, den man gerne macht. Es ist jetzt – knapp zwei Jahre vor den Wahlen – der logische Zeitpunkt, guten Nachfolgerinnen oder Nachfolgern genügend Zeit zu geben, sich einzuarbeiten.

Wird «No Billag» am 4. März abgelehnt, könntet ihr eure Zeit als Generalsekretärinnen mit einem Abstimmungssieg krönen. Als Linke wird man allgemein nicht mit politischen Siegen überhäuft – frustriert euch das manchmal?

Leyla: Ab und zu schon, ja. Natürlich wollen wir gewinnen und unsere Anliegen verwirklichen, alles andere wäre seltsam. Nur war es halt schon immer so: Seit es diese Partei gibt, sind wir in der Minderheit und müssen mithilfe taktischer Allianzen oder mit Beharrlichkeit weiterkommen.

Flavia: Wir dürfen nicht vergessen, dass wir trotz dieser Minderheitsposition immer wieder sehr viel erreichen. So haben wir alleine gegen alle anderen grossen Parteien und die Wirtschaft das Referendum gegen die USR III gewonnen. Das war ein Riesenerfolg. Andere Anliegen wie die erleichterte Einbürgerung, der Vaterschaftsurlaub oder der Kampf

gegen die steigende Prämienlast brauchen mehr Ausdauer, die haben wir zum Glück! Man kann den Erfolg aber auch anders messen: daran, dass wir trotz geringen finanziellen Mitteln gute Kampagnen machen oder dass wir Mitglieder gewinnen.

Leyla, du hast kurz vor eurem Arbeitsbeginn gesagt, du wollest als Generalsekretärin mithelfen, die SP zukunftsfähig zu machen. Ist die SP heute zukunftsfähiger als vor fünf Jahren?

Leyla: Nun, ein Indikator ist unser Mitgliederwachstum, das Flavia angetönt hat. Wir haben 2017 zum dritten Mal in Folge Mitglieder gewonnen. Das ist absolut gegen den Trend bei allen anderen etablierten Parteien. Darauf können wir alle stolz sein.

Ist das Mitgliederwachstum nicht auch eine Reaktion auf den weltweiten Aufstieg des Rechtspopulismus?

Leyla: Das sicher auch. Nur: Es ist nicht selbstverständlich, dass jemand, der sich Sorgen wegen des wachsenden Rechtspopulismus macht, in die SP eintritt.

Flavia: Wir haben die Mitgliedererwerbung zu einer ständigen Aufgabe gemacht und werben viel gezielter als früher, indem wir mit interessierten Menschen direkt sprechen. Auch die Mitgliederpflege ist viel wichtiger geworden.

Leyla: Ein weiteres Erfolgsrezept liegt in der Breite unserer Partei. Wir schaffen es immer wieder, die Partei zusammenzuhalten. Interne Konflikte werden ausgetragen und

man versucht sie zu lösen. Dank dieser Breite sprechen wir mehr Menschen an.

Gehört es zu euren Aufgaben als Generalsekretärinnen, die Partei zusammenzuhalten?

Flavia: Wir sehen uns und das gesamte Sekretariat als Dienstleistungszentrum der Partei, gegenüber den Mitgliedern, den Sektionen, den Organen oder der Fraktion. Und wenn wir das gut machen wollen, müssen wir alle gleich behandeln und die Breite der Partei fördern statt bekämpfen.

Leyla: Klar, es gibt immer wieder Mitglieder, die sich aufregen über Äusserungen von Regierungsrätinnen, Bundesräten oder Parlamentsmitgliedern. Meist hilft hier das Gespräch. Insgesamt ist die Breite der SP jedoch gut und wichtig für uns, solange wir uns auf derselben Werteebene befinden.

Wie ist euer Verhältnis zur JUSO?

Flavia: Bei der Rentenreform hatten wir Mühe mit der Rolle der JUSO. Es war ein Stück weit parteischädigend, dass sie die Reform bekämpft hat. Trotz allem hatten wir immer eine gute Zusammenarbeit. Dank der engen Anbindung der JUSO und dem Verständnis für die unterschiedlichen Rollen von JUSO und SP. Die JUSO hat links der SP eine sehr wichtige Funktion – dessen sind sich nicht immer alle bewusst.

Die SP hat letztes Jahr viel in die Vorlage zur Rentenreform investiert. Nicht nur mit der Kampagne, sondern bereits im Vorfeld mit der Urabstimmung. Hat euch die Ablehnung stark getroffen?

Flavia: Das war der grösste Frust in meiner Zeit als Generalsekretärin ...

Weshalb?

Flavia: Weil die damit verbundene Chance – die Renten zu sichern und die AHV zu stärken – gross war und so schnell nicht wiederkommt. Und weil unsere Urabstimmung dazu gezeigt hat, dass die Mitglieder diese Chance auch packen wollten.

Leyla: Die Urabstimmung – es war übrigens die erste seit 1995 – war eine schöne Erfahrung. Dass sich zu einer so wichtigen Frage alle äussern konnten, wurde sehr geschätzt. Das unterscheidet die SP von anderen Parteien: Die Mitwirkungsmöglichkeiten eines einfachen Basismitglieds sind viel grösser. Wir haben keine Partielite, die über die Köpfe der Basis hinweg etwas entscheidet. Auch das macht uns zukunftsfähig.

Ist auch das Engagement der Mitglieder grösser als bei anderen Parteien?

Leyla: Ganz bestimmt. Das Engagement ist riesig. Ich war immer wieder gerührt und begeistert zu sehen, wie viel auf allen Ebenen der SP gearbeitet wird. Die Mitglieder sind unser wichtigstes Kapital.

Flavia: Wir könnten ohne das Engagement unserer Mitglieder keine Kampagnen durchführen. Die SP lässt aber auch ihre grundlegende politische Ausrichtung von der Basis bestimmen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten Jahren eine andere Partei etwa in der Europapolitik eine so breite Auslegung gemacht hätte wie wir.

Ganz alles kann man aber nicht basisdemokratisch bestimmen lassen ...

Flavia: Natürlich nicht. Es gibt ein Dilemma zwischen dem Einbinden der Basis, das Zeit beansprucht, und dem Alltagsgeschäft, das bedingt, dass man auch mal einen Pflock einschlägt. Da müssen wir stets ein Gleichgewicht finden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Wirtschaftskonzept. Es wird in einem anderthalbjährigen Prozess erarbeitet, der sehr basisdemokratisch ist. Gleichzeitig muss sich das Präsidium oder die Fraktion zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen äussern können, auch wenn sie Gegenstand basisdemokratischer Diskussionen sind.

Wo kann die SP noch besser werden?

Leyla: Viele würden jetzt sagen: in der Kommunikation. Ich habe von vielen Sektionen gehört, wir müssten einfacher, verständlicher kommunizieren. Diese Ansicht teile ich nicht. Ich glaube, hinter dieser Kritik steht ein Bedürfnis nach einfachen Lösungen. Sie ist Ausdruck von Hilflosigkeit in einer Welt, in der unglaublich viel Beängstigendes passiert.

Flavia: Wir müssen differenzieren. Dass man die SP versteht, ist wichtig. Wir müssen erklären, weshalb wir etwas tun. Das ist nicht immer einfach. Ich bin aber genau darum in der SP, weil wir uns bewusst sind, dass die Probleme nie einfach sind und die Welt komplex und zusammenhängend. Es ist eine riesige Herausforderung, diese Komplexität zu erklären. Die Leute sind aber in der Lage, sie zu erfassen. Wir können die SVP nicht kopieren, wir haben ein anderes Weltbild.

Leyla: Was ich beängstigend finde, ist, dass so viele Leute den simplen Rezepten glauben. Ich sehe es als Aufgabe der SP, ein Gegenpol dazu zu sein. Aber nicht mit linkem Populismus, sondern mit dem, was wir machen. Und das kann auch einmal ein fünfseitiges Papier sein.

Flavia: Unsere Aufgabe ist es auch, Dogmen zu durchbrechen.

Was für Dogmen?

Flavia: Jahrzehntlang hat man den Leuten eingebläut: Die Wirtschaft braucht möglichst viel Freiheit, möglichst wenig Regulierung und so viele Steuerprivilegien wie möglich, das ist gut für eure Arbeitsplätze. Bei der USR III konnten wir – trotz der Komplexität der Sache – aufzeigen, dass das ein Märchen ist, das nur dazu dient, dass die Profiteure immer noch mehr profitieren und die Bevölkerung leer ausgeht. Es gibt ausserdem immer mehr Beispiele, wie in Luzern, die zeigen, dass die Dumpingsteuerstrategie der Bürgerlichen brutal gescheitert ist. Der Kanton hat immer weniger Mittel zu Verfügung, muss bei der Bildung, der Prämienverbilligung oder im Behindertenbereich Leistungen kürzen und möchte die Steuern wie-

der erhöhen, was die Bevölkerung wiederum ablehnt. Eine katastrophale Situation, ausgelöst von bürgerlichen Märchenerzählern.

Es wird oft kritisiert, die SP habe keine eigenen Geschichten zu erzählen ...

Flavia: Wir haben viel an unseren Geschichten gearbeitet. Das 125-Jahr-Jubiläum 2013 bot uns die Möglichkeit, die vielen Errungenschaften aufzuzeigen, die ohne die SP nicht umgesetzt worden wären: die AHV, das Frauenstimmrecht, die Rechte der Arbeitnehmenden. Die nächste Gelegenheit dazu haben wir beim 100-Jahre-Jubiläum des Landesstreiks. Woran wir jedoch arbeiten müssen, ist unsere Geschichte für die Zukunft. Die Zukunft ist mit Ängsten verbunden – vor der Globalisierung, der Digitalisierung, dem Klimawandel. Bisher haben wir immer versucht, die Menschen mit der Hoffnung, mit einem positiven Zugang abzuholen. Das ist gerade im Zusammenhang mit der voranschreitenden Technisierung extrem schwierig; dort haben wir die gute Geschichte noch nicht gefunden.

Wo muss die SP sonst noch besser werden?

Leyla: Was wir nicht so gut können, ist Prioritäten setzen. Wir nehmen uns oft zu viel vor, finden alles wichtig. Ein Beispiel dafür ist die Wahlplattform 2015, wo wir uns mit Mühe und Not auf zehn Themen festlegen konnten. Das sind zu viele, drei hätten es sein müssen.

Bevor ihr eure Stelle angetreten habt, hast du, Flavia, gesagt, du möchtest beweisen, dass man das Generalsekretariat mit einer Co-Leitung führen kann. Für eure Nachfolge schlägt die Geschäftsleitung nun wieder zwei Personen vor. Der Beweis scheint erbracht ...

Flavia: Ja. Dass sich das Präsidium und die Geschäftsleitung wieder für eine Co-Leitung entschieden haben, war für uns ein riesiger Aufsteller.

Gibt es Dinge, die ihr ungern aus der Hand gebt, wenn ihr Ende Februar euer Büro räumt?

Flavia: Ja, die Möglichkeit, mit so vielen unterschiedlichen, gescheiterten Menschen zusammen etwas zu erarbeiten. Wir sitzen oft um den runden Tisch in unserem Büro und haben irgendein konkretes Problem, für das wir gemeinsam eine Lösung suchen – etwas läuft medial in die falsche Richtung oder für eine Kampagne fehlt die zündende Idee. Diese Momente werde ich am meisten vermissen. Und die Möglichkeit, in sehr vieles hineinzusehen und nahe an den Entscheidungsprozessen zu sein.

Leyla: Bei mir ist es fast jedes der Mäppli, die auf meinem Tisch liegen. In jedem steckt viel Herzblut. Und natürlich wird mir die Zusammenarbeit mit Flavia fehlen.

WEITER MIT EINER CO-LEITUNG

Leyla Gül (43) und **Flavia Wasserfallen** (38) treten per Ende Februar 2018 als Co-Generalsekretärinnen der SP Schweiz zurück. Sie leiten das Generalsekretariat seit Oktober 2012 gemeinsam und haben die SP durch die Wahlen 2015 sowie durch 18 Abstimmungssonntage, 13 Delegiertenversammlungen und 3 Parteitage geführt.

Für ihre Nachfolge schlägt die Geschäftsleitung Rebekka Wyler und Michael Sorg vor. Rebekka Wyler war zehn Jahre lang Mitglied des Zürcher Stadtparlaments und vertritt die SP heute im Gemeinderat von Erstfeld. Sie hat Geschichte studiert und ist seit 2003 in verschiedenen Funktionen im Bereich Records Management und Archiv tätig. Michael Sorg arbeitet seit 2013 als Mediensprecher für die SP Schweiz. Er hat Geschichte und Politikwissenschaften studiert und war während fünf Jahren in der Privatwirtschaft im Bereich Kommunikation und Marketing tätig. Die neue Co-Leitung wird an der Delegiertenversammlung vom 24. Februar in Altdorf gewählt.

«WIRTSCHAFT 4.0»

Ein erster Zwischenhalt



DAS ARBEITSPAPIER «WIRTSCHAFT 4.0» IST AUS DEN BERICHTEN VON VIER ARBEITSGRUPPEN ENTSTANDEN. DIE WICHTIGSTEN AUSSAGEN DIESER BERICHTE WURDEN ZUSAMMENGEFÜHRT UND ERGÄNZT. NEBEN EINER LAGEANALYSE, WELCHE DIE WICHTIGSTEN ENTWICKLUNGEN DER LETZTEN ZEHN JAHRE BESCHREIBT, HABEN WIR 18 POLITISCHE STOSSRICHTUNGEN FORMULIERT, DIE IM WEITEREN PROZESS KONKRETISIERT WERDEN MÜSSEN.

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte wollen wir drei grosse Kontroversen klären: **Erstens die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung und deren Auswirkungen auf die Arbeitswelt.** Es herrscht keine Einigkeit darüber, ob die Nachfrage nach menschlicher Arbeit sich ändern wird, jedoch ist absehbar, dass leicht automatisierbare Berufe im Industrie- und Dienstleistungssektor schnell verschwinden oder sich verändern werden und massiv in Weiterbildung und Qualifikation der Arbeitnehmenden investiert werden muss. Gleichzeitig bieten sich aber auch Chancen, die wir nutzen wollen: Das Leben wird bequemer und flexibler gestaltbar, und theoretisch wird der Zugang zu Wissen und Bildung durch das Internet erleichtert und demokratisiert.

Zweitens geht, obwohl das Wachstum des Welthandels im Rückgang begriffen ist, **die Globalisierung nach wie vor in beachtlichem Tempo voran:** Wer über Kapital verfügt, kann es fast rund um den Globus uneingeschränkt investieren.



Lukas Wiss, wissenschaftlicher Mitarbeiter Wirtschaftspolitik

Globale Konzerne sind mächtiger als manche Staaten. Eine Re-Regulierung des globalen Finanzsystems findet nicht statt. Schweizer Banken und Konzerne gehören zu den grössten Profiteuren, hiesige Angestellte können sich aber auch schnell auf der Verliererseite wiederfinden, etwa wenn ihr Arbeitsplatz verlagert wird.

Drittens müssen wir uns der Wachstumsfrage stellen: Nicht neu ist die Erkenntnis, dass das Bruttoinlandprodukt BIP ein unzureichender Indikator für Lebensqualität und menschliche Entwicklung ist. Umwelt- und Klimaschutz sind unter dem Eindruck der globalen Wirtschaftskrise in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund gerückt, aber die Probleme sind längst nicht gelöst. Da das kapitalistische Wirtschaftssystem nur unter Wachstumsbedingungen funktionieren kann und auch Lebensstandard und Grundversorgung weiter Teile der Weltbevölkerung noch ungenügend bis elend sind, müssen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppelt werden.

Wir fordern in einer Doppelstrategie mehr nachhaltiges Wachstum: Einerseits wollen wir die Kreislaufwirtschaft und den Ausbau erneuerbarer Energien als Wirtschaftsfaktor stärken, andererseits zu einem Wertewandel beitragen, weg vom materiellen Wachstum als oberster Priorität.

Drei politische Stossrichtungen

Um neben der Analyse auch Ansätze für politisches Handeln aufzuzeigen, stellt «Wirtschaft 4.0» **drei politische Stossrichtungen** vor.

Wir wollen zum einen **Investitionen** in die Infrastruktur und den Service public ausbauen, allen voran im Kommunikations- und Energiebereich. Wir müssen massiv in Weiterbildung investieren, um der Digitalisierung zu begegnen. Zudem soll ein Zukunftsfonds helfen, die Umwälzungen der nächsten zehn Jahre zu bewältigen.

Zweitens brauchen wir **faire Regeln:** Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen müssen endlich angemessen besteuert, Steuerflucht muss entschlossen bekämpft werden. Die Arbeitsgesetze müssen zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter aktualisiert werden.

Drittens braucht es mehr **Mitbestimmung:** Nicht die Kapitaleigner und Aktionärinnen allein sollen wirtschaftliche Entscheide fällen, wir wollen die Demokratie auch auf betrieblicher Ebene verankern. Hierzu bietet das bestehende Wirtschaftsdemokratiepapier der SP Schweiz Antworten.

Die Wirtschaft sind nicht die Aktionärinnen und Aktionäre und nicht die Wirtschaftsverbände, die Wirtschaft sind wir.



Der Prozess zur Überarbeitung des bestehenden Wirtschaftskonzepts wurde im August 2017 mit einer Kick-off-Tagung gestartet. Seither wurden in einem partizipativen Prozess eine Analyse sowie eine Priorisierung der Themen vorgenommen. Alle Informationen zum Prozess und zu den Inhalten werden laufend auf www.sp-ps.ch/wirtschaftskonzept publiziert.

«Jetzt hast du ein Jahr Pause, geniess das doch!»

2000 Meter über Meer: Draussen tobt Burglind lustvoll mit Schnee, drinnen dreht das weisse Wasser im Glas seine Wirbel und macht uns langsam, aber sicher ein bisschen sturm. «Nimm no e Pastis!», sagt der eine und der andere. Und subito folgt eine Runde für alle in der Hütte, wir sind nur wenige, die bei dem Wetter auf die Piste gehen. «Hoffentlich schneit es uns ein, mag nicht arbeiten gehen!», sagt ein junger Snöber. «6 Wochen Ferien für alle wäre damals die Lösung gewesen, aber wir Trottel kasteien uns selber!», meint ein anderer. «Vergiss es, solchen Sozi-Schmarren können wir uns nicht leisten!» – «Wer ist wir?», will ich wissen und schon wieder bin ich wie abends davor in einer Diskussion über Staat und Gesellschaft. «Hey Rosso, die Wahlen sind vorbei und auch wenn wir 2500 Meter über Meer dem Himmel näher sind, hier oben findest du die fehlenden Stimmen sowieso nicht! Jetzt hast du ein Jahr Pause, geniess das doch!», meint einer meiner Begleiter schmunzelnd.

Ein Wahl-freies Jahr? Was also macht eine Parteipräsidentin, wenn sie für ein paar Tage auf der Bettmeralp weilt? Was macht eine Gemeinderätin im Après-Ski, nachdem sie auf ihren Brettern ein paar Kurven gezo-



Franziska Roth,
Parteipräsidentin
rosso17@bluewin.ch

gen hat? Was macht eine Kantonsrätin, wenn in der 8er-Gondel über «No Billag» debattiert wird? Ganz einfach: Sie politisiert! Ich kann mich nur ganz selten raushalten, habe fast immer etwas zu sagen! Den einen mag das zu viel sein, sie finden, Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! Ich lebe das Gegenteil: Ich muss nachhaken, wenn der Mann mit dem Bier an der Skibar behauptet: «Die Schweiz wäre ohne Sozialdemokraten besser dran.» Ich teile meine Meinung gerne mit und ab und zu muss ich auch jemandem die Meinung sagen. Logisch tappe ich dabei in das eine oder andere Fettnäpfchen, aber manchmal argumentiere ich richtig gut. So manches Thema für unsere Parteiversammlungen, so viele schlagkräftige Argumente im Gemeinde- oder Kantonsrat habe ich durch das Mitmischen im Volk gewonnen. Stets gebe ich mich dabei mit Haut und Haar zu erkennen, debattiere Auge in Auge und kämpfe Zahn um Zahn – verbal – mit Lust und Passion. Inkognito jemandem die Meinung sagen, kommt für mich nicht in Frage. Ich bin es gewohnt, Tacheles zu reden.

Freiheit heisst, das Recht zu haben, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. Aber ich habe auch erkannt, warum wir zwei Ohren und nur eine

Zunge haben: Damit wir doppelt so viel hören, wie wir reden können.

Für mich als Parteipräsidentin stimmt das geflügelte Wort «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!» eigentlich nicht. Es müsste heissen «Nach den Wahlen ist FÜR die Wahlen». Liebe Genossinnen, liebe Genossen, lasst uns nicht nur auf die Wahlen hin die «SP bi de Lüt» sein. Politik findet wie das Wetter täglich und überall statt. Die Gespräche an der Bar, in der Gondel, am Familientisch oder im Zug beweisen mir immer wieder, dass die SP die richtigen Themen setzt. Wenn wir mit den Menschen in Diskussion bleiben, so finden wir auch dank der zum Teil 180 Grad anderen Ansichten gute Argumente für unsere eigene Position. Und ab und zu sogar Neumitglieder.

Gespräche im Alltag beweisen mir immer wieder, dass die SP die richtigen Themen setzt.

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Ja zum Tram Bern – Ostermundigen

Den öffentlichen Verkehr attraktiv halten

Der Bus zwischen Bern und Ostermundigen transportiert pro Jahr rund 8,4 Millionen Fahrgäste. Die heutige Infrastruktur ist damit überlastet: Die Busse sind oft überfüllt und es kommt zu Verspätungen. In den nächsten Jahren entstehen zwischen Bern und Ostermundigen neue Wohnungen und Arbeitsplätze, eine Verbesserung der Situation ist auch deshalb dringend nötig.

Das Tram Bern–Ostermundigen gehört zu einer langen Reihe von kantonalen Investitionen, mit denen das Vorwärtskommen für

alle besser gewährleistet werden soll. Andere Beispiele sind der Umbau der Bahnhöfe in Tramelan, Zweisimmen und Konolfingen. Bei all diesen Projekten gilt: Eine hohe Lebensqualität für die Bevölkerung im ganzen Kantonsgebiet wird nur dank der Solidarität der Regionen untereinander möglich.

Mit dem Tram Bern–Ostermundigen wird der öffentliche Verkehr gestärkt und die Umwelt entlastet. Dank einem guten öV-Angebot lassen viele Leute das Auto zu Hause. Das Tram ist ein Beitrag zur Verdichtung der bestehenden Siedlungsfläche und bremst die

Zersiedelung. Das Tram Bern–Ostermundigen hat sich in einem langjährigen Planungsprozess als beste der möglichen Lösungen herausgestellt. Alternativen wie etwa ein Ausbau der S-Bahn, eine andere Linienführung oder der Einsatz von Doppelgelenkbussen wurden sorgfältig geprüft, erwiesen sich jedoch als weniger geeignet. Tramprojekte sind Erfolgsgeschichten. Das zeigt sich in Zürich, Lausanne und Genf, aber auch in unserem Kanton mit dem Tram Bern-West.

Die GL empfiehlt zuhanden des Parteitags die JA-Parole.



Das Tram Bern – Ostermundigen ist eine umweltfreundliche Investition für den ganzen Kanton.

DARUM GEHT ES

Die Buslinie zwischen Bern und Ostermundigen ist überlastet. Mit der Umstellung auf Trambetrieb soll mehr Kapazität geschaffen werden. Bern und Ostermundigen haben in Volksabstimmungen dazu bereits Ja gesagt und ihre Anteile an den Gesamtkosten gesprochen. Gegen den vom Grossen Rat mit deutlicher Mehrheit beschlossenen Kantonsbeitrag von 102 Millionen Franken ans Bauprojekt wurde das Referendum ergriffen.

Nein zur Lehrplan-Initiative

Schule harmonisieren statt verpolitizieren

Gute Bildung ist DIE zentrale Investition in unsere Zukunft. Das Schulsystem muss darum den heutigen Anforderungen entsprechen. Dazu gehört, dass Umzüge über Kantonsgrenzen hinweg für Schulkinder zu keinen Nachteilen führen. Auch deshalb hat 2006 eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung dem neuen Bildungsartikel in der Bun-

desverfassung zugestimmt, der eine Harmonisierung der Lerninhalte vorsieht.

Lehrpläne legen fest, welche Inhalte in den Schulfächern wie vermittelt werden. Der Lehrplan 21 wurde von den 21 deutschsprachigen Kantonen gemeinsam entwickelt. Er vereinheitlicht den Schulstoff in der Deutschschweiz und passt den Unterricht den heutigen Bedürfnissen an. Lehrpläne sind keine politischen Programme, sondern wissenschaftlich fundierte Fachwerke. Die Erziehungsdirektion erarbeitet sie mit Unterstützung von Fach- und Lehrpersonen.

Das Komitee der Lehrplan-Initiative stammt aus dem Umfeld der EDU und der SVP. Sie sind gegen den Lehrplan 21 und wollen ihn abschliessen. Dafür will das Initiativkomitee nun Lehrpläne zum Politikum machen und das Volk darüber abstimmen lassen. Eine politische Diskussion über den aktuellen, rund 400 Seiten dicken Lehrplan ist aber nicht sachgerecht, es droht Willkür statt Schulqualität. Die Initiative schafft Un-



Gute Bildung bringt Chancengleichheit, die Lehrplan-Initiative schafft unnötige Unsicherheit.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Lehrpläne vors Volk» will, dass Lehrpläne nicht mehr von der Erziehungsdirektion erlassen, sondern vom Grossen Rat oder in einer Volksabstimmung beschlossen werden. Sie zielt gegen den Lehrplan 21: Würde die Initiative angenommen, könnte der bereits aufgegleiste Lehrplan 21 rückwirkend mit einem Referendum torpediert werden.

sicherheit und wird deshalb von einer breiten Allianz abgelehnt: 122 Grossrätinnen und Grossräte stimmten dagegen, nur 19 unterstützten sie. Die Parteien von SP bis FDP sowie Lehrerverbände, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände empfehlen ein Nein zur Lehrplan-Initiative. **Auch die GL empfiehlt zuhanden des Parteitags die NEIN-Parole.**

«Es stimmt grundsätzlich etwas nicht mit der kantonalen Sozial- und Familienpolitik»

WER IM KANTON BERN SOZIALHILFE BEZIEHT, KOMMT KÜNFTIG NOCH MEHR UNTER DRUCK. DER GROSSE RAT HAT ENDE LETZTEN JAHRES DEN GRUNDBEDARF UM 8 PROZENT GEKÜRZT. DAMIT IST BERN DER KANTON, DER AM WENIGSTEN FÜR DEN GRUNDBEDARF AUSRICHTET. ZUGLEICH GIBT ES IM KANTON BERN AM MEISTEN BEDÜRFTIGE KINDER UND JUGENDLICHE.

Der Abbau trifft die sozial Schwächsten besonders stark, die SP hat sich erfolglos dagegen gewehrt. Die höheren Anreizleistungen werden kaum Abhilfe schaffen. Denn nicht alle sind im Arbeitsmarkt integrierbar.

Felix Wolfers, wen trifft dieser Kahlschlag am härtesten?

Bei allen unterstützten Personen wird der Grundbedarf für den Lebensunterhalt gekürzt. Wer arbeitet oder an einem Beschäftigungsprogramm teilnimmt, kann diese Kürzung ganz oder etwas kompensieren. Deshalb sind all diejenigen besonders betroffen, die nicht arbeiten können. Also Kinder, Alleinerziehende oder Kranke. Unsere Berechnungen zeigen, dass lediglich eine Minderheit die vom Kanton geplanten Kürzungen kompensieren kann. Deshalb geht es den meisten Personen in Zukunft finanziell schlechter als heute.

Springt bei den Kindern die Stadt in die Lücke? Schon heute ist ja jedes achte Kind in der Schweiz von Armut betroffen oder bedroht?

Die Sozialhilfe wird kantonal geregelt, es macht kaum Sinn, wenn einzelne Gemeinden Sonderlösungen beschliessen und selbst finanzieren. Es muss somit in erster Linie auf kantonalen Ebene versucht werden, Kürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen zu verhindern.



Felix Wolfers ist Leiter des Sozialamts der Stadt Bern und Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Speziell Einzelelternhaushalte sind oft von Einkommensarmut betroffen. Trifft das auch für Bern zu?

2016 wurden in der Stadt Bern 624 Einzelelternhaushalte von der Sozialhilfe unterstützt, das sind 16 Prozent aller Unterstützungsdossiers. Auffallend ist, dass im Kanton Bern besonders viele Einzelelternhaushalte bedürftig sind. In Biel ist mehr als die Hälfte dieser Haushalte von Sozialhilfe abhängig. Zudem: In keinem andern Kanton sind so viele Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe wie in Bern. Da stimmt grundsätzlich etwas nicht mit der kantonalen Sozial- und Familienpolitik.

Es reicht nicht, bloss zu fordern, dass mehr Sozialhilfebeziehende wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Es braucht auch genügend gezielte Angebote. Haben wir die?

Der Arbeitsmarkt will Fachleute, in der Sozialhilfe haben aber mehr als die Hälfte der Erwachsenen keinen Berufsabschluss. Es braucht deshalb Qualifizierungsangebote für diese Personen. Dabei geht es nicht immer um eine Langzeitausbildung wie eine Berufslehre, sondern vielfach um kürzere Ausbildungen, wie etwa den Pflegehelferinnenkurs des Roten Kreuzes. Die Stadt Bern will heuer zusätzliche niederschwellige Kursangebote schaffen, insbesondere im Gastrobereich,

weil es hier viele offene Stellen gibt. Wichtig ist, dass diese Kurzausbildungen anschlussfähig sind ans Berufsbildungssystem und eine spätere Berufslehre erleichtern.

Wäre es nicht primär Aufgabe des Kantons, Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen?

Der Kanton Bern finanziert für alle Gemeinden Beschäftigungs- und Integrationsangebote. Wegen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt braucht es aber zusätzliche Qualifizierungsangebote. Zwar finanziert der Kanton auch hier gewisse Kurse, es braucht aber einen Ausbau. Beschäftigung und Arbeitsvermittlung genügen oft nicht mehr, weil die reale Arbeitslosigkeit für Unqualifizierte im Kanton Bern bereits heute bei 11 Prozent liegt. Es führt deshalb kein Weg an der beruflichen Qualifizierung auch von Personen in der Sozialhilfe vorbei. Diesen Aspekt muss der Kanton noch vermehrt berücksichtigen.

Interview: Marieke Kruit

«Wer nicht arbeiten kann, ist besonders betroffen.»

AUS DEM GROSSEN RAT

4 Vorstösse im Bereich Wohnen

Kaum ist das Wohnpositionspapier Ende November 2017 verabschiedet worden, liegen bereits die ersten Umsetzungspläne als Vorstösse auf dem Tisch. Mit der Einreichung eines Vorstosspakets will die SP Basel-Stadt eine soziale und nachhaltige Wohnpolitik im Kanton vorantreiben.

Motion P. Pfister: Anpassung der Grundstückgewinnsteuer

Der spekulative Handel mit Immobilien ist einer der Gründe, weshalb günstiger Wohnraum verschwindet. So wird dem Eigentümer beispielsweise nach §109, Art. 4 des kantonalen Steuergesetzes eine Steuersatzreduktion abhängig von der Investitionsquote gewährt, was dazu führt, dass Luxus-Sanierungen den Steuersatz massiv senken. Um den spekulativen Handel mit Immobilien einzuschränken, soll deshalb § 109, Art. 4 ersatzlos gestrichen werden.

Anzug J. Vitelli: Wiedereinführung «Fonds de Roulement»

Mit einem Maximalbetrag von zehn Mio. Franken konnte der Regierungsrat früher rasch eine Liegenschaft mit Wohn- und/oder Kleingewerbenutzung erwerben. Diese konnte er in der Folge unter Nutzungsaufgaben an Dritte weiterveräussern. Das 1976 eingeführte Gesetz wurde 1996 abgeschafft, weil es angeblich zu wenig genutzt wurde. Da die Situation auf dem Wohnungsmarkt sich geändert hat, soll der Regierungsrat prüfen, ob der Fonds de Roulement wieder eingeführt werden kann.

Anzug B. Greuter: Höhere Vergütung von betreutem Alterswohnen

Ältere Menschen haben oft den Wunsch, so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung leben zu können statt in einem Pflegeheim. Mit der Erhöhung des maximalen Betrages



Jörg Vitelli, Grossrat SP BS

von 4800.– pro Jahr auf beispielsweise 10000.– pro Jahr könnten ältere Menschen mit einem höheren Betreuungsbedarf weiterhin in ihrer Wohnung bleiben, da sie sich die benötigte Betreuung dazu auch leisten können.

Anzug R. Brigger: Stopp den Wohnraumfressern

In den letzten Jahren wurden immer mehr Wohnungen in Appartementshäuser umgewandelt oder als B & B und Airbnb genutzt. Die SP will nun von der Regierung wissen, wie viele Einheiten dem Wohnungsmarkt entzogen wurden und wie sie das Problem in den Griff bekommen will. Weiter sollen alle nicht bewilligten Betriebe nachträglich ein Baugesuch einreichen. Die Gesuche sollen streng nach den Kriterien des Wohnraumförderungsgesetzes beurteilt werden. Bei abgelehnten Gesuchen muss die Rückumwandlung in Wohnraum kontrolliert werden.

AUS DEM LANDRAT

Lohnungleichheit?

In diesem Jahr feiern wir im Kanton Baselland 50 Jahre Frauenstimmrecht. Ein denkwürdiger Geburtstag. Sind wir in dieser Zeit in der Gleichstellung der Geschlechter nicht doch ein ganzes Stück weitergekommen? Nach gut 50 Jahren, könnte man meinen, sollten die rechtliche und die tatsächliche Gleichstellung nicht mehr so weit auseinander klaffen. Leider ein Irrglaube. Noch immer braucht es den tagtäglichen Einsatz für Gleichstellungsanliegen. Dies beweist – leider als negatives Beispiel – der Kanton Baselland, der sich beharrlich weigert, die Charta zur Lohnungleichheit zu unterzeichnen. Schauen wir das Beispiel der Lohnungleichheit konkret an:

Seit Jahrzehnten ist die Lohnungleichheit in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert. Und trotzdem: Frauen verdienen immer noch durchschnittlich 20% weniger, wie eine Studie



Miriam Locher ist Präsidentin der SP-Landratsfraktion

verdeutlicht (BFS). Das kann und darf nicht sein. Mit dem SP-Vorstoss für Lohnüberprüfungen nach Geschlecht greift die SP Baselland deshalb den Bereich der Lohnkontrollen auf. Solche werden zwar (wie aus der Antwort auf meine Interpellation hervorgeht) durchgeführt. Aber leider differenzieren sie nicht nach dem Geschlecht. Damit verschliessen sie bewusst die Augen vor dem Tatbestand effektiver Diskriminierung. Lohnkontrollen sind durch Steuergelder finanziert. Diese Steuergelder finanzieren also eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen.

Weshalb man nicht genauer hinschauen will, konnte mir der Regierungsrat nicht erklären. Trotzdem ist er nicht bereit, unsere Motion entgegenzunehmen. Dies mit haarsträubenden Ausreden. Unter anderem ist zu lesen, dass der Anteil der Frauen im Baugewerbe gering sei.

Und deshalb spielt also Lohnungleichheit keine Rolle? Wie absurd. Und ja, Lohnkontrollen mögen Betriebe etwas kosten. Das Kostenargument für Betriebe ab 50 Mitarbeitende ist in unseren Augen nicht stichhaltig – angesichts der Pflicht zur Einhaltung der Lohnungleichheit und vor allem vor dem Hintergrund der Diskriminierung von Frauen und somit einer Zuwiderhandlung gegen das Gleichstellungsgesetz. Es hat sich gezeigt, dass Selbstdeklaration nicht reicht. Deshalb braucht es verbindliche Kontrollen. Die rechte Mehrheit reagiert mit Ignoranz und Arroganz auf unsere Vorstösse und weigert sich standhaft, einen wichtigen Schritt in Richtung gelebte Gleichstellung zu gehen. Wir bleiben am Thema dran. Denn Lohnungleichheit ist kein Geschenk an die Frauen, sondern ein Recht und ein Verfassungsauftrag, der unverzüglich umgesetzt werden muss!

Das Lebensgefühl des Kampagnenleiters

DAS REZEPT FÜR DIE PERFEKTE KAMPAGNE HAT STEFAN KRATTIGER NICHT GEFUNDEN, JEDE IST ANDERS. SCHLIMM FINDET ER DAS NICHT, IM GEGENTEIL. GENAU DAS MACHT SEINEN JOB SO SPANNEND. Andrea Bauer

Stefan, wie macht man eigentlich eine gute Kampagne?

Es gibt viele, die glauben, das Patentrezept gefunden zu haben – ich gehöre nicht dazu. Bei einer Kampagne spielen viele Dinge zusammen: die Ausgangslage, der Terminplan, die Medien, die anderen Parteien, die Politikerinnen und Politiker. Je nachdem entsteht eine Dynamik, die ganz viele dazu bewegt, sich zu engagieren. Jede Abstimmungskampagne ist anders – das macht es so spannend. Man kann auch nichts falsch machen und trotzdem verlieren.

Wobei wir bereits bei der entscheidenden Frage wären: Welchen Unterschied macht eine Kampagne überhaupt?

Das erfahren wir in den meisten Fällen nicht. Um es herauszufinden, müssten wir ein Paralleluniversum haben, in dem wir keine Kampagne machen.

Kannst du damit leben?

Vielleicht ist es für die Motivation sogar besser so (lacht).

Wie viel kostet eine Kampagne?

Es kommt darauf an, wer sie macht. Für eine konventionelle Kampagne mit Plakaten, Inseraten und einer Online-Kampagne geben die Bürgerlichen problemlos 5 Millionen aus. Und dabei haben die Leute noch nicht das Gefühl, das ganze Land sei zu plakatiert. So viel Geld haben wir nicht. Wenn wir auf eine halbe Million kommen, ist das viel. Wir holen aus diesem Geld aber mehr raus. Wir machen mehr selber und können auf die Unterstützung unserer Mitglieder und Aktivistinnen bauen. Das ist unsere Stärke! Wenn eine andere Partei 20 000 Flyer verteilt, ist das viel. Wir dagegen bringen problemlos 200 000 Flyer und 800 000 Abstimmungszeitungen unter die Leute.

Stefan Krattiger (34) verlässt Ende März die SP Schweiz. Bereits während seines Studiums machte er 2007 ein Praktikum in der Kampagnenabteilung. Von 2009 bis 2011 war er Chefredaktor des «links». Nach einem Unterbruch kehrte er Anfang 2013 als Kampagnenleiter zur SP Schweiz zurück.

Welches waren rückblickend deine Lieblingskampagnen?

Natürlich diejenigen, die wir gewonnen haben – als SP-Kampagnenleiter ist man diesbezüglich nicht verwöhnt: die Referenden zum Grippe und zur USR III etwa oder die «Durchsetzungsinitiative». Bei der Letzteren waren unglaublich viele Leute mit ganz unterschiedlichen Argumenten beteiligt, sodass eine einmalige Dynamik entstand. Bei «No Billag» wiederholt sich das ein Stück weit, das macht mich zuversichtlich. Auch der Wahlkampf 2015 war eine tolle Erfahrung. Daneben gab es viele kleinere Kampagnen, an die ich mich sehr gerne erinnere.

Weshalb?

Meist ging es um gesellschaftspolitische Fragen, zum Beispiel als wir zusammen mit der FDP die CVP-Ehe-Initiative bekämpften

und hauchdünn gewannen. Sowieso war das wechselnde Gegen- und Miteinander mit anderen Parteien und Akteuren spannend. Auf unterschiedlichen Seiten des Kampagnengrabens hatten wir oft mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Eine Berufskollegin hat es sehr treffend beschrieben: Du bist immer zu spät, hast kein Geld und irgendwer hat die Doodle-Umfrage noch nicht ausgefüllt. Das ist – grob zusammengefasst – das Lebensgefühl des Kampagnenleiters.

«Du bist immer zu spät, hast kein Geld und irgendwer hat die Doodle-Umfrage noch nicht ausgefüllt.»



Nur ein sicherer Staat kann die Schwächsten schützen

DIE «REFORMORIENTIERTE PLATTFORM» HAT IM JANUAR IHRE IDEEN ZUR SICHERHEITS- UND ARMEEPOLITIK VERÖFFENTLICHT. UNTER ANDEREM BEKENNT SIE SICH ZUR ARMEE UND FORDERT DIE BESCHAFFUNG VON RUND 30 KAMPFJETS.

«Denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit» – diese Einsicht des Philosophen, Humanisten und Staatsmanns Wilhelm von Humboldt gilt auch – und gerade – aus sozialdemokratischer Sicht. In einem unsicheren Staat sind es immer die Schwächsten, die diese Unsicherheit zuerst und am stärksten zu spüren bekommen.

Sicherheit muss neu gedacht, der heutigen Zeit angepasst und auf aktuelle und künftige Gefahren bezogen werden. Und: Sicherheit ist eine Querschnittsaufgabe. Von der Bildung über die Ökologie und die Friedenspolitik bis hin zum Städtebau stellt sich die Frage der Sicherheit. Eine kluge Sicherheitspolitik enthält Prävention und Repression.

Bekenntnis zur Armee

Mit der Sicherheitspolitik im Allgemeinen und mit der Repression im Speziellen tut sich die Sozialdemokratische Partei schwer, was Opfern oder Menschen, die sich bedroht fühlen, das Gefühl gibt, dass sie im Stich gelassen werden. Ebenfalls schwer tut sich die SP mit der Armeepolitik.

Die «Reformorientierte Plattform» in der SP bekennt sich zu einem sicherheitspolitischen Mix aus Prävention und Repression. Und: Die Plattform bekennt sich zur Armee.

Die «Reformorientierte Plattform» ist der Überzeugung, dass eine Reform der Armee einen sinnvollen Weg zu mehr Sicherheit darstellt. Dabei liegt die Priorität der Mittelverteilung ganz klar bei den wahrscheinlicheren Gefahren. Dies bedeutet in verkürzter Form: Cyber statt Panzer. Aber auch die Beschaffung einer vernünftigen Anzahl neuer Kampfjets für die Luftpolizei und die Luftverteidigung gehören zu einer zeitgemässen Armee. Dazu ist die Beschaffung von etwa 30 Kampfjets notwendig. Sowohl im Armee- wie auch im zivilen Sicherheitsbereich muss die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden. Die Zukunft der Verbrechensbekämpfung liegt in der Kooperation und nicht im Isolationismus.

Mehr Sicherheit im Innern

Die Sicherheit im Inneren wird verstärkt durch eine angemessene Polizeipräsenz am richtigen Ort.



Chantal Galladé, Nationalrätin ZH, und Daniel Jositsch, Ständerat ZH

Deshalb sollen die Bestände da, wo notwendig, angehoben werden. Dabei sollen auch Menschen mit Niederlassungsbewilligung C zur Polizeiausbildung zugelassen und Polizistinnen und Polizisten bei der Ausübung ihres anspruchsvollen Berufes besser geschützt werden – auch durch das Strafrecht.

Der Fokus muss stärker auf die Opfer und ihren Schutz gerichtet werden. Ihnen gehört alle Unterstützung, die möglich ist. Dies bedeutet auch, dass ein vermehrter Datenaustausch stattfinden muss und dass der Datenschutz kein Täterschutz werden darf. Auch sollen die Untergrenzen der Strafraumen bei Gewalt- und Sexualdelikten heraufgesetzt werden, namentlich bei Vergewaltigungen und sexuellen Handlungen mit Kindern. Das Strafrecht soll gleichzeitig konsequenter durchgesetzt werden, was bedeutet, dass bedingte Strafen für Erstäter nicht mehr automatisch, sondern nur dann zur Anwendung kommen sollen, wenn es tatsächlich gerechtfertigt ist. Ausserdem sollen die Strafverfolgungsbehörden die notwendigen Überwachungsinstrumente erhalten, um Straftaten erfolgreich zu verfolgen, wobei selbstverständlich die Überwachung so auszugestalten ist, dass Missbrauch verhindert werden kann.



VBS/IDPPS

Mit verschiedenen Forderungen und Anregungen zur Sicherheits- und Armeepolitik (www.reform-sp.ch), die im Januar veröffentlicht worden sind, will die «Reformorientierte Plattform» die blockierte und ideologisch aufgeladene Diskussion in der SP mit neuen Aspekten in Gang bringen. Auch sollen pragmatische Kräfte in ihrer Sicherheitspolitik gestärkt werden. Wir sind der Überzeugung, dass diese Positionen bis weit in die politische Mitte hinein mehrheitsfähig sind und eine pragmatische SP mit Führungsanspruch in diesem Bereich mehrheitsbildend für Reformen sein kann – anstatt die Mehrheiten wie heute denen zu überlassen, welche ihre Sicherheitspolitik mit einem überholten Reduitdenken oder einem einseitig strafenden Staat ohne Resozialisierungsgedanken betreiben.

Chantal Galladé und Daniel Jositsch

Gemeinsam für mehr Freiheit

INNERHALB DER LINKEN WIRD GEGENWÄRTIG EINE GERADE AUCH FÜR DIE ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE GANZ WICHTIGE DEBATTE GEFÜHRT. SIE KREIST UM DIE FRAGE, WELCHE BEDEUTUNG KAPITALISMUSKRITIK UND «KLASSE» FÜR EINE PROGRESSIVE POLITIK HEUTE HABEN, HABEN SOLLTEN. NICHT ZULETZT EINE HISTORISCHE ARBEIT ÜBER HEXENVERFOLGUNG UND KOLONIALISMUS HILFT DA WEITER.

Es brauchte – tragischerweise – den weltweiten Aufstieg einer autoritären, teils neo-faschistischen Rechten, damit der Klassenfrage eine neue Aufmerksamkeit zukam. Der Front National, die AfD, die FPÖ und natürlich auch Donald Trump haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf die sogenannten Globalisierungsverlierer bei uns, in den kapitalistischen Zentren, gerichtet. Und sie haben dabei gleichzeitig eine Front gegen all diejenigen eröffnet, die sich für eine offene Gesellschaft und für Umweltthemen einsetzen. Die Neue Rechte ist vor allem auch eine Bewegung gegen 1968.

Was macht die Linke?

Teile der Linken lassen sich auf die Argumente von rechts ein und passen sich ihnen an. Prominentes Beispiel: der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD), der in einem «Spiegel»-Artikel jüngst der «Sehnsucht nach Heimat» verfiel und, wenn auch vorsichtig, «postmoderne Verirrungen» der Sozialdemokratie anprangerte. Ähnliche Stimmen hört man auch andernorts, und nicht immer ist ein substanzieller Unterschied zu Trumps reaktionärer «America first»-Rhetorik erkennbar. Und damit sind wir bei des Pudels Kern.

Eine progressive Politik, die die Augen vor der Tatsache verschliesst, dass der Kapitalismus als eine – wie der deutsche Schriftsteller und Jour-



Pascal Zwicky, Projektleiter Themenmanagement

nalist Raul Zelik schreibt – «alles durchfräsende Struktur» wirkt, die den Klassencharakter unserer Gesellschaft zwar laufend verändert, aber nie hinter sich lässt, kann nur scheitern. Zum Scheitern verurteilt ist auf der anderen Seite aber auch jeder Versuch, anti-rassistische Kämpfe, Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit, einer solidarischen Flüchtlingspolitik oder einer konsequenten Umweltpolitik als zweitrangig, als «Nebenwidersprüche» abzutun.

Intersektionale Klassenpolitik

Gefragt ist eine Politik, die die Verwobenheit von Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnissen («race, class, gender») im globalen Kapitalismus berücksichtigt und die Menschen auf dieser Grundlage in ihren konkreten sozialen Realitäten abholt und zu einem gemeinsamen Handeln für mehr Freiheit bringt. Man kann das eine verbindende, eine inklusive oder eine intersektionale Klassenpolitik nennen. Dazu sind jüngst diverse äußerst lesenswerte Beiträge veröffentlicht worden, die sich auch darum bemühen, Theorie und Praxis zusammenzubringen. Zu empfehlen ist etwa die Spezialausgabe der Zeitschrift «Luxemburg» mit dem Titel «Neue Klassenpolitik» oder das Buch «Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation» von Keeanga-Yamahtta Taylor.

Silvia Federici, 2017, *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien, Berlin: mandelbaum

Keeanga-Yamahtta Taylor, 2017, *Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation*, Münster: UNRAST.

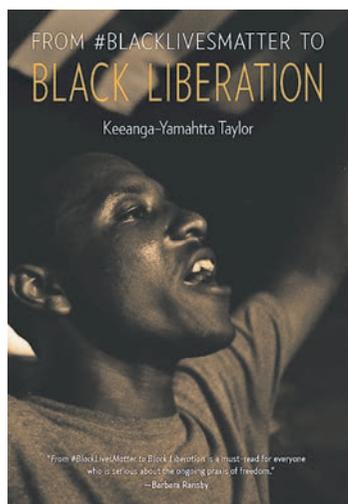
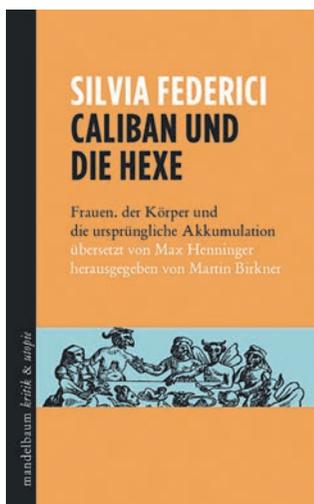
Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Spezial zu Neuer Klassenpolitik. Oktober 2017. Als E-Paper frei verfügbar unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik/

Bleibt die im Lead angesprochene Publikation zu Hexenverfolgung und Kolonialismus. Die marxistische Feministin Silvia Federici legt mit ihrem grossartigen Hauptwerk «Caliban und die Hexe», das 2017 in der 4. Auflage auf Deutsch erschienen ist, so quasi das Fundament einer intersektionalen Klassenperspektive. Sie beschäftigt sich damit, wie die Voraussetzungen für die weltweite Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse geschaffen wurden, mit der «ursprünglichen Akkumulation». Ihr Fokus liegt dabei zum einen auf der schrecklichen Praxis des Kolonialismus, zum andern beschäftigt sie sich insbesondere mit einem Aspekt, der bei Marx vernachlässigt blieb: den Geschlechterverhältnissen.

Trennlinien überwinden

Federici zeigt, wie es etwa ab dem 15. Jahrhundert zur Ausweitung «männlicher» Lohnarbeit und gleichzeitig zur Abwertung und Feminisierung der Reproduktionsarbeit kam (Landprivatisierungen spielten dabei eine wichtige Rolle). Die Hexenverfolgung war eine eigentliche Terrorkampagne der sich herausbildenden bürgerlichen Herrschaftsklasse und des Adels, um den Widerstand der Frauen gegen die neuen, kapitalistischen Verhältnisse zu brechen. Im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus wurde die soziale Stellung von Frauen massiv geschwächt, ihnen wurde die Kontrolle über ihren Körper und ihre Sexualität entzogen und es entstanden die bürgerlichen Ideale von Weiblichkeit und Häuslichkeit, die fortan das Leben von Frauen prägten – und dies bis heute tun.

Die politische Lektion des Buches sieht Federici darin, dass der Kapitalismus zwingend auf Rassismus und Sexismus angewiesen sei, um die Widersprüche, die seinen gesellschaftlichen Verhältnissen innewohnen, zu rechtfertigen und zu mystifizieren. Das geschieht, «indem er die «Natur» derjenigen, die er ausbeutet, verunglimpft, also die der Frauen, der kolonialen Subjekte, der Nachkommen afrikanischer Sklaven und der von der Globalisierung entwurzelten Migrantinnen und Migranten» (S. 25). Aufgabe progressiver Politik ist es, diese von den Herrschenden systematisch eingezeichneten Trennlinien zu überwinden.



Hundert Jahre Landes

DIESES JAHR JÄHRT SICH DER LANDESSTREIK ZUM HUNDERTSTEN MAL. MIT EINER INFOKAMPAGNE SCHAUEN WIR AUF DIE EREIGNISSE UND FORDERUNGEN VON DAMALS ZURÜCK UND BELEUCHTEN DIE AUSWIRKUNGEN, DIE DIESE BIS HEUTE HABEN.

250 000 Menschen hatten 1918 den Mut, ihre Arbeit niederzulegen und gemeinsam für eine soziale und gerechte Schweiz zu kämpfen. Hunderttausende Genossinnen und Genossen folgten in den letzten hundert Jahren dem Vorbild dieser Menschen und setzten sich mit Beharrlichkeit für die schrittwei-

se Verwirklichung dieser sozialen Schweiz ein. Wir wollen diesem für die SP überaus wichtigen Ereignis Rechnung tragen. Unter www.landesstreik1918.ch starten wir deshalb am 5. März eine Infokampagne. Auf dieser Webseite und hier im «links» berichten wir während mehreren Monaten über die Er-

eignisse und Forderungen von damals. Wir beleuchten den historischen Kontext und die Auswirkungen des Landesstreiks auf die heutige Schweiz. Wir blicken aber auch in die Zukunft und fragen, wofür es sich weiterhin zu kämpfen lohnt.

Gisela Nyfeler, Projektleiterin Landesstreik



Truppen vor dem Bundeshaus während des Landesstreiks, November 1918

streik

#Landesstreik
#GrèveGénérale

Infokampagne der SP Schweiz zum 100-Jahr-Jubiläum des Landesstreiks. Ab dem 5. März 2018 auf Facebook und Twitter, auf www.landesstreik1918.ch und regelmässig hier im «links».



WAS WEISST DU ÜBER DEN LANDESSTREIK?

Einen kleinen Vorgeschmack auf die Themenvielfalt unserer Infokampagne bietet unser Quiz. Teste jetzt dein Wissen!

- 1. Wann fand der Landesstreik statt?**
 - a) Am Ende des 1. Weltkrieges im November 1918
 - b) In der Mitte der Zwischenkriegsjahre im März 1928
 - c) Zum Auftakt des Summer of Love im Juni 1968
- 2. Wo fand der Landesstreik statt?**
 - a) in Olten
 - b) in Olten, Basel, Bern und Zürich
 - c) in der ganzen Schweiz
- 3. Als Auftakt zum Landesstreik gilt der Streik von ...**
 - a) Metallarbeitern aus dem Jura.
 - b) Bankangestellten aus Zürich.
 - c) Textilarbeiterinnen aus St. Gallen.
- 4. Der damalige Führungsstab der Schweizer Arbeiterschaft war das Oltener Aktionskomitee. Wer war – als einzige Frau! – Mitglied dieses Komitees?**
 - a) Iris von Rothen
 - b) Gilberte de Courgenay
 - c) Rosa Bloch
- 5. Was geschah während des Landesstreiks?**
 - a) 3-tägige gewaltfreie Arbeitsniederlegung mit Demonstrationen und Blockaden
 - b) Ausrufung der Räterepublik durch das Oltener Aktionskomitee
 - c) 14-tägiger Bürgerkrieg zwischen der Armee und den Kommunisten
- 6. Die Streikleitung beabsichtigte ...**
 - a) die Umsetzung sozialer und politischer Reformen.
 - b) eine kommunistische Revolution, falls nötig mittels Bürgerkrieg.
 - c) die Abschaltung von Beznau 1 & 2.
- 7. Die Streikinformationen wurden übermittelt durch...**
 - a) Brieftauben
 - b) Radiosendungen
 - c) Velokuriere
- 8. Das Oltener Aktionskomitee stellte 9 Forderungen. Welche drei gehörten dazu?**
 - a) Einführung des Frauenstimmrechts, der AHV und der 48-Stunden-Woche
 - b) Gleicher Lohn für Männer und Frauen, Abrüstung der Armee, Anwendung echter genossenschaftlicher Grundsätze in allen Wirtschaftsbereichen
 - c) Service public verteidigen, Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, Einführung Ausländerstimmrecht
- 9. Wer war nicht am Landesstreik beteiligt?**
 - a) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund
 - b) Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz
 - c) Die Grüne Partei der Schweiz

Wie geht mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft?

WIR WOLLEN EINE WIRTSCHAFT, DIE DEN MENSCHEN UND DAS GEMEINWOHL INS ZENTRUM STELLT. EINE WIRTSCHAFT, IN DER DIE MENSCHEN IHRE POTENZIALE EINBRINGEN UND MITGESTALTEN KÖNNEN. EINE WIRTSCHAFT, DIE MIT DEN GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT – KLIMAWANDEL, DIGITALISIERUNG ODER GLOBALISIERUNG – UMGEHEN KANN. DESHALB BRAUCHT ES GERADE HEUTE MEHR MITBESTIMMUNG UND DEMOKRATIE AUF ALLEN EBENEN.

Die Forderung nach mehr Mitbestimmung und mehr Demokratie haben wir am Parteitag im Dezember 2016 im Positionspapier «Eine Zukunft für alle – eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen» bestärkt. Doch wie kommen wir dahin und welche Schritte und Forderungen sind konkret nötig? In einem Aktionsplan, der letzten Herbst der Delegiertenversammlung in Olten präsentiert wurde, haben wir das weitere Vorgehen skizziert. Eine der Hauptforderungen, die Mitbestimmung, steht im Zentrum einer Abendveranstaltung mit darauf folgender Tagung am 8. und 9. März in Bern.

Schweizer Mitbestimmungsmodell

An dieser Veranstaltung wollen wir Eckpfeiler für ein schweizerisches Mitbestimmungsmodell erarbeiten. Ein wichtiger Partner bei der Vertiefung und Ausweitung der Demokratie in den Unternehmen sind die Gewerkschaften. Als Sozialpartner verfügen sie über konkrete Mitbestimmungserfahrungen, mittels Gesamtarbeitsverträgen (GAV) und in Personalkommissionen bringen sie sich bereits heute aktiv ein. Ansätze, wie sich die Mitsprache in der digitalen Welt weiterentwickeln kann, sind beispielsweise in den neuen

GAV, den Syndicom mit der Swisscom ausgehandelt hat, eingeflossen. Davon können wir lernen.

Wir stellen uns ein Mitbestimmungsmodell vor, das über die betriebliche Mitbestimmung hinausgeht. Ein Modell, in dem Mitbestimmung einen Rechtsanspruch der Lohnabhängigen darstellt und das die strategischen Entscheidungsgremien der Grossunternehmen umfasst. Mittel- und längerfristig gesehen sollen zudem auch jene, die die Arbeitsleistung als Konsumentinnen oder Kunden in Anspruch nehmen, sowie weitere Stakeholder einbezogen werden.

Erfahrungen aus dem Ausland

Um ein Mitbestimmungsmodell für die Schweiz zu entwerfen, wollen wir die Erfahrungen aus dem Ausland berücksichtigen. Was können wir beispielsweise aus Deutschland oder Italien lernen, wie allenfalls ihre Modelle weiterentwickeln oder für uns anschlussfähig machen? Wie können wir Erfahrungen aus der Industrie in den Care-Sektor und die Gesundheitsbranche – zwei wachsende Wirtschaftszweige mit enormem Potenzial, das Wirtschaften sozialdemokratisch zu prägen – übertragen? Wie gehen wir mit der Tatsache um, dass Grossunternehmen anders

Barbara Gysi,
Nationalrätin SG

funktionieren als mittelgrosse oder lokal verankerte Betriebe? Diese und weitere Fragen werden wir im März zusammen mit internationalen Gästen aus der Wissenschaft und der Praxis und hoffentlich vielen von euch gemeinsam diskutieren.

TAGUNG VOM 8. UND 9. MÄRZ IN BERN

Donnerstag, 19.45 – 21.15 Uhr, PROGR Bern

«Eine Wirtschaftsdemokratie für das 21. Jahrhundert: Weshalb? Wie? Mit wem?»

Referate und Podiumsdiskussion mit Hans-Jürgen Urban (geschäftsführendes Mitglied IG Metall), Annemarie Sancar (WIDE Switzerland), Barbara Gysi (Nationalrätin SP/SG, Präsidentin AG Wirtschaftsdemokratie), Corrado Pardini (Nationalrat SP/BE, Sektorleiter Industrie Unia), Fabian Molina (Kantonsrat SP/ZH, ehem. JUSO-Präsident)

Freitag, 9.45 – 16 Uhr, Unia-Kongresszentrum Egghölzli

«Mitbestimmung – Voraussetzung für gute Arbeit und nachhaltige Unternehmensführung? Internationale Erfahrungen und Handlungsbedarf in der Schweiz»

Öffentliche Fachtagung mit Gästen aus Deutschland, Italien und der Schweiz

Block 1 (10–12 Uhr): **Mitwirkung und Mitbestimmung in Deutschland, Italien und der Schweiz – eine Bestandsaufnahme**

Block 2 (13–14.30 Uhr): **Erfahrungen aus der Praxis**

Block 3 (15–16 Uhr): **Auf dem Weg zu einem Mitbestimmungsmodell für die Schweiz**

Programm: www.spschweiz.ch/tagung-wirtschaftsdemokratie

RESET UND SENDESCHLUSS

Es ist Sonntagnachmittag und ich zerbreche mir den Kopf. Über was könnte ich in meiner letzten Rotstich-Glosse schreiben? Vor meinem geistigen Auge streckt blitzschnell «No Billag» auf, wie die unablässig nach Aufmerksamkeit heischende Streberin in der ersten Reihe. Eine, die sogar auf rhetorische Fragen antwortet und nervös «Ich! Ich! Ich!» ruft. Passt ganz gut zu den libertären No-Billag-Egoisten. «Nein, nicht schon wieder du!», denke ich und tue so, als hätte ich sie nicht gesehen.

Als Nächster meldet sich – ebenfalls gewohnt selbstbewusst

– Donald. Er war in Davos, und der «Blick» war dabei. Unser Farbfernsehen ebenfalls. Sollte das Schweizer Volk Anfang März wider Erwarten den grossen Aus-Knopf drücken, bliebe uns auch die WEF-Berichterstattung des SRF erspart. Ich liebäugle einige Millisekunden lang mit einem Ja, bevor der Bachelor – grinsend und Hand in Hand mit der Bachelorette –, tonnenweise Werbung und Teleblocher wieder in mein Bewusstsein drängen. Nein, lieber doch nicht. Es wäre wahrlich eine dunkle und trostlose TV-Zukunft!

Während alle über den finalen TV-Aus-Knopf reden, sucht Neo-Aus-

STEFAN KRATTIGER

ROTSTICH



senminister Ignazio Cassis immer noch den EU-Reset-Knopf. Jüngst hat ihm Trump am WEF begeistert von seinem Knopf vorgeschwärmt («Tremendous button, huge bomb! Massive Kaboom! Great!»). Das wäre quasi Sendeschluss und Reset in einem. Radikaler als «No Billag»: Alles aus! Alles, sogar Teleblocher. Wobei auch das mit der Zuwanderung ein für alle Mal geklärt wäre, da käme keiner mehr. Nur der Bachelor und die Bachelorette würden in einer Endlosschleife weiterhin über die Mattscheiben in den heimischen Luftschutzkellern flimmern. Weil im fernen Thailand gedreht wird. Gottseidank.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorge- kommissionen D1.8.1801

7./8.3.2018, Hotel FloraAlpina, Vitznau
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Zinslandschaft, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad
Referenten: Sabino di Mambro (eidg.dipl. Pensionskassenleiter), Urban Hodel (PK-Netz)

Wie funktioniert unsere Wirtschaft D2.1.1806

7.3.2018, Jugendherberge, Zürich
Das ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften
ReferentInnen: David Gallusser (Ökonom), Danièle Lenzin (Unia)

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: Aufbauseminar D2.2.1807

13./14.3.2018, RomeroHaus, Luzern
Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz erkennen und beheben
ReferentInnen: Daniela Biberstein (Ergonomistin), Samuel Woodtli (Gesundheitsschutzfachmann)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorge- kommissionen D1.8.1803

21./22.3.2018, Hotel FloraAlpina, Vitznau
Jahresrechnung, Risikofähigkeit, Anlageorganisation BVV 2, Teilliquidation, Zusammenhang technischer Zins und Umwandlungssatz, Sanierung und Unterdeckung, Risikomanagement
Referenten: Sabino di Mambro (eidg.dipl. Pensionskassenleiter), Urban Hodel (PK-Netz), Jorge Serra (VPOD)

Protokollführung D1.8.1821

7./8.5.2018, Seminarhaus Boldern, Männedorf
Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls
Referent: Gerhard Friedl (Erwachsenenbildner)

Soziale Rechte in Europa und weltweit – Bedeutung für die Schweiz D1.8.1811

16.5.2018, Unia-Zentralsekretariat, Bern
Tätigkeiten des EGB und der IAO, Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gewerkschaften
Referenten: Zoltan Doka (Unia), Andreas Rieger (Delegierter im EGB)
Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 250 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2018

24. FEBRUAR
Delegiertenversammlung,
Altdorf

8. MÄRZ
Tagung: «Mehr Demokratie für
eine zukunftsfähige Wirtschaft»,
Bern

21. APRIL
Mitgliederkonferenz SP60+,
Bern

18. MAI
«Die Fraktion lädt ein»,
Bern

2. JUNI
Mitgliederversammlung
SP Frauen*, Bern

23. JUNI
Delegiertenversammlung

9.-12. AUGUST
Sommeruni, Chandolin

15. SEPTEMBER
Mitgliederversammlung
SP Frauen*, Bern

1./2. DEZEMBER
Parteitag

LESERBRIEF

Wirtschaft 4.0

«Mit Ausdrücken wie Klassenkampf fühlen sich die Leute vor den Kopf gestossen», sagt Beat Jans in der «Sonntagszeitung» vom 31. Dezember 2017. Daher «sagen Levrats Sozialdemokraten den Klassenkampf ab», so die Schlagzeile!

Der Klassenkampf findet aber nicht statt, indem man ihn negiert, diese passive Haltung bedeutet «nur», dass er nur von der einen Klasse – der herrschenden Klasse – geführt wird!

Mag sein, dass man sich vor etwas fürchten kann, das man nicht kennt – aber dies ist eher das Problem der SP, weil sie lange schon den Klassencharakter unserer Gesellschaft verschleiert hat! Ohnehin ist nicht der Klassenkampf an und für sich das Ziel – sondern die Aufhebung der Klassengegensätze – also die Errichtung einer gerechten (nicht gerechteren – O-Ton SP!) Gesellschaft!

Eine unverdächtige Stimme sagt dies umso prägnanter: «Klar herrscht ein Klassenkampf, aber es ist die reiche Klasse, die ihn führt.» (W. Buffett, Investor, Unternehmer und Mäzen)

Oder (doch noch!) ein bisschen weniger kämpferisch: «Auf der anderen Seite sind da wenige Superreiche, die ihr Geld arbeiten lassen und für die man kräftig die Steuern gesenkt hat.» (B. Jans, Parteivize und Chef der Steuerungsgruppe Wirtschaft 4.0)

Beni Gnos, SP Allschwil

**SEIT 130 JAHREN
GEMEINSAM FÜR
GERECHTIGKEIT**

WERDE MITGLIED

WWW.SPSCHWEIZ.CH/BEITRETEN

No-Billag- Guetnacht- gschichtli

Findest du alle
versteckten Radio- und
Fernsehsendungen?

Lösung unter
[www.spschweiz.ch/
guetnacht](http://www.spschweiz.ch/guetnacht)



Jacqueline Badran
Nationalrätin ZH

Es gibt in der Schweiz aktuell nur ein Politikum: No Billag ist das Tagesgespräch! Laut der jüngsten Umfrage ist es nicht 10 vor 10, sondern 5 vor 12. Die Initiative droht zum Bestatter der SRG zu werden. Dann heisst es Adieu statt Hallo SRF. Dann ist Fertig Lustig, nicht Einstein bleibt auf dem anderen! Mir geht der Puls auch ohne Espresso höher, wenn ich mir vorstelle, was passiert, wenn die Initianten am 4. März nach dem Samschtig-Jass eine Sternstunde haben, ihren Happy Day feiern und dem Reporter in die Kamera grinsen. Ein Schreckmümpfeli. Manchmal liege ich Persönlich deswegen in der nachtwach.

Es braucht keinen Maloney am Tatort, um herauszufinden, wer von einem Ja profitiert: Die rechten Medienzaren werden mit ihren Private-Banking-Millionen die Arena besetzen. Ausgewogenheit ist dann nur noch ein Echo der Zeit. Eine Erinnerung an Sinerzyt, als wir noch einen Service public hatten. Wir müssen den Club der Milliardäre ausbremsen, He!matland! Denn eine Rundschau zeigt, was uns droht: Weil bei den privaten Sendern Quote und Kommerz im Focus stehen, ist die Qualität schnell Auf und davon: Bi de Lüt in Italien ist Berlusconi auf allen Kanälen. Noch Wilder ist es in USA: Trump ist mit Glanz und Gloria Präsident geworden.

Der Service public ist eines der grössten Schweizer Talente, unser Best Talent. Garantiert Swissmade. Alle schauen und hören zu. Herr und Frau Schweizer, Chrigu und Sepp, Schawinski und Aeschbacher. Für alle wäre ein Ja verheerend. Genauso für den Kulturplatz Schweiz, die CH:Filmszene und CH Beats. Darüber müssen wir mit den Leuten sprechen. Wir müssen in Mini Beiz, dini Beiz, auf den Dorfplatz und in die Landfrauenküche – an jeden Treffpunkt und in jedes Forum, das sich bietet. Denn in der Hitparade der gefährlichsten Initiativen ist No Billag weit vorne.

Jetzt geht es Schlag auf Schlager: Am 4. März ist Kassensturz an der Urne. Mitenand schaffen wir ein Nein!